

Verordnung über die Prämienverbilligung in der Krankenpflegeversicherung (Prämienverbilligungsverordnung, PVV)

Vom 12. November 2002 (Stand 1. Januar 2018)

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft,

gestützt auf die §§ 2 Absatz 1, 8 Absatz 4, 8a Absatz 2, 9 Absatz 5 Buchstabe b, 11 Absatz 3, 13 Absatz 2 sowie 15 Absatz 1 des Einführungsgesetzes vom 25. März 1996¹⁾ zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung (EG KVG),

beschliesst:

1 Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Geltungsbereich

¹ Diese Verordnung regelt den Vollzug der Prämienverbilligung für die obligatorische Krankenpflegeversicherung gemäss dem Einführungsgesetz vom 25. März 1996 zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung (EG KVG).

§ 2 Vollzug ([§ 2 Abs. 1 EG KVG](#))

¹ Die Ausgleichskasse Basel-Landschaft (kurz: Ausgleichskasse) ist mit dem Vollzug der Prämienverbilligung betraut.

² Der Kanton ersetzt der Ausgleichskasse die Aufwendungen, die ihr mit dem Vollzug der Prämienverbilligung entstehen.

§ 3 Verfahren ([§ 8 Abs. 4 Satz 1 EG KVG](#))

¹ Die Prämienverbilligung wird anhand der Steuerveranlagung festgelegt. In den Spezialfällen gemäss Abschnitt C wird sie im Gesuchsverfahren festgelegt.

1) GS 32.474, SGS [362](#)

§ 3a * **Steuerveranlagung (§ 9 Abs. 3 EG KVG)**

¹ Die Prämienverbilligung wird anhand der definitiven Steuerveranlagung berechnet und ausbezahlt. Allfällige Differenzen zur massgebenden, rechtskräftigen Steuerveranlagung werden auf Vorlage derselben ausgerichtet.

§ 4 **Sozialhilfebehörden ***

¹ Die Sozialhilfebehörden sind berechtigt, anstelle der von ihnen unterstützten Personen alle Rechtshandlungen für die Geltendmachung der Prämienverbilligung vorzunehmen.

² Die Sozialhilfebehörden melden der Ausgleichskasse den Beginn und das Ende einer Sozialhilfeabhängigkeit von Personen, die Sozialhilfe beziehen. *

³ Die Ausgleichskasse meldet der zuständigen Sozialhilfebehörde den Beginn und das Ende des Anspruchs auf Prämienverbilligung von Personen, die Sozialhilfe beziehen, sowie die Höhe des Anspruchs und jede Änderung dessen Höhe. *

⁴ Die Meldungen gemäss Absatz 2 und 3 erfolgen unter Angabe der Sozialversicherungsnummer. *

§ 5 **Richtprämie (§ 8a Abs. 2 EG KVG)**

¹ Die Richtprämie beträgt: *

- a. * CHF 200 im Monat für Erwachsene,
- b. * CHF 180 im Monat für jugendliche Erwachsene,
- c. * CHF 110 im Monat für Kinder.

² Bei Änderungen der Richtprämien informiert der Regierungsrat die zuständige Kommission des Landrates.

§ 6 **Auszahlung (§ 11 Abs. 3 und § 13 Abs. 2 EG KVG)**

¹ Die Auszahlung der Prämienverbilligung erfolgt periodisch vorschüssig.

² Der Mindestbetrag für die Auszahlung der Prämienverbilligung sowie für deren Rückforderung beträgt CHF 240 pro Berechnungseinheit und Kalenderjahr. *

§ 7 **Meldepflichten**

¹ Personen, die Prämienverbilligung beziehen, melden Adressänderungen und Kontowechsel unverzüglich und schriftlich der Ausgleichskasse.

² Personen, die Prämienverbilligung beziehen und ins Ausland wegziehen, melden den Wegzug unverzüglich und schriftlich der Ausgleichskasse. *

³ Die Angehörigen einer verstorbenen Person, die Prämienverbilligung bezogen und eine Berechnungseinheit gebildet hat, melden den Tod unverzüglich und schriftlich der Ausgleichskasse. *

§ 8 Wegzug in einen anderen Kanton

¹ Bei Wegzug in einen anderen Kanton endet der Anspruch auf Prämienverbilligung am Ende des laufenden Jahres.

2 Verfahren anhand der Steuerveranlagung

§ 9 Geltungsbereich *

¹ Das Verfahren anhand der Steuerveranlagung gilt für folgende Personen: *

- a. * Personen ab dem 1. Januar nach Vollendung des 25. Altersjahres, die aufgrund der definitiven Steuerveranlagung des Vor-Vorjahres die Voraussetzungen für eine Prämienverbilligung erfüllen;
- b. * junge Erwachsene ab dem 1. Januar nach Vollendung des 18. Altersjahres bis zum 31. Dezember nach Vollendung des 25. Altersjahres, für die keine Ausbildungszulage nach dem Bundesgesetz über die Familienzulagen ausgerichtet wird, die verheiratet sind oder in eingetragener Partnerschaft leben oder denen bei der Staatssteuer ein Kinderabzug gewährt wird und die aufgrund der definitiven Steuerveranlagung des Vor-Vorjahres die Voraussetzungen für eine Prämienverbilligung erfüllen.

c. * ...

² Bei Personen, die im Vorjahr volljährig geworden sind, ist in Abweichung von Absatz 1 Buchstabe b die definitive Steuerveranlagung des Vorjahrs massgebend. *

§ 10 Verfahren *

¹ Die Ausgleichskasse stellt den Personen gemäss § 9 von Amtes wegen ein Antragsformular zu. *

² Das Antragsformular enthält die Berechnung der Prämienverbilligung. *

³ Personen, welche die Prämienverbilligung beanspruchen wollen, ergänzen das Antragsformular mit den geforderten Angaben, unterzeichnen es und stellen es innert 1 Jahr seit Zustellung der Ausgleichskasse zu. *

⁴ Personen, die in ungetrennter Ehe oder in ungetrennter eingetragener Partnerschaft leben, unterschreiben den Antrag gemeinsam. *

3 Gesuchsverfahren

3.1 Allgemeine Bestimmungen

§ 11 Geltungsbereich ([§ 9 Abs. 5 Buchst. b EG KVG](#))

¹ Das Gesuchsverfahren für die Prämienverbilligung gilt für die Personengruppen gemäss den §§ 13 - 18.

§ 12 ²⁾

3.2 Personengruppen

§ 13 Zuziehende Personen aus dem Inland

¹ Personen, die aus dem Inland zuziehen, können der Ausgleichskasse bis zum 31. Dezember des dem Zuzugsjahr folgenden Anspruchsjahres ein schriftliches Gesuch um Prämienverbilligung einreichen. *

² Das massgebende Jahreseinkommen für das Anspruchsjahr sowie die Berechnungseinheit richten sich nach der auf § 9 EG KVG angewendeten Steuerveranlagung des vormaligen Wohnkantons. *

³ ... *

⁴ Die Berechnung und Auszahlung der Prämienverbilligung erfolgen gemäss § 3a. *

§ 14 Zuziehende Personen aus dem Ausland

¹ Personen, die aus dem Ausland zuziehen und nicht der Quellensteuer unterliegen, können der Ausgleichskasse bis zum 31. Dezember des dem Zuzugsjahr folgenden Anspruchsjahres ein schriftliches Gesuch um Prämienverbilligung einreichen. *

² Das massgebende Jahreseinkommen im Sinne von § 9 Absatz 1 EG KVG wird für das Anspruchsjahr anhand der rechtskräftigen Steuerveranlagung für das Vorjahr ermittelt und auf ein ganzes Jahr umgerechnet.

³ Die Berechnungseinheit wird analog zu § 9 Absatz 4 EG KVG, jedoch basierend auf den Verhältnissen des Vorjahres bestimmt.

⁴ Die Berechnung und Auszahlung der Prämienverbilligung erfolgen gemäss § 3a. *

²⁾ Aufgehoben am 21. Dezember 2004 (GS 35.436),rückwirkend ab 1. Januar 2004.

§ 14a * Junge Erwachsene

¹ Junge Erwachsene ab dem 1. Januar nach Vollendung des 18. Altersjahres bis zum 31. Dezember nach Vollendung des 25. Altersjahres, die zum Zeitpunkt des Versands der Antragsformulare nicht unter § 9 Absatz 1 Buchstabe b fallen, können der Ausgleichskasse bis zum 31. Dezember des Anspruchsjahres ein schriftliches Gesuch um Prämienverbilligung einreichen.

² Das massgebende Jahreseinkommen wird anhand der Steuerveranlagung des Vor-Vorjahrs ermittelt. Bei Personen, die im Vorjahr volljährig geworden sind, ist die Steuerveranlagung des Vorjahres massgebend. Bei Personen, die im Vorjahr volljährig geworden sind und der Quellensteuer unterstehen, ist 70% des Bruttoeinkommens des Vorjahres massgebend.

§ 14b * Massgebendes Jahreseinkommen von Eltern junger Erwachsener

¹ Bei Personen, die ein Gesuch nach § 14a stellen, wird für die Anspruchsermittlung wie folgt auf das massgebende Jahreseinkommen der Eltern abgestellt:

- a. Das massgebende Jahreseinkommen von Eltern, die im Kanton wohnen, richtet sich nach der Steuerveranlagung des Vor-Vorjahrs. Diese wird von Amtes wegen beigezogen. Bei quellenbesteuerten Personen gilt § 15 Absatz 3 sinngemäss.
- b. Das massgebende Jahreseinkommen von Eltern, die in einem anderen Kanton wohnen, richtet sich nach der auf § 9 EG KVG angewendeten Steuerveranlagung des Wohnkantons des Vor-Vorjahrs. Diese ist mit dem Gesuch einzureichen. Bei quellenbesteuerten Personen gilt § 15 Absatz 3 sinngemäss.
- c. Das massgebende Jahreseinkommen von Eltern, die im Ausland wohnen, wird nicht berücksichtigt.

² Werden die Eltern der gesuchstellenden Person getrennt besteuert, wird das massgebende Jahreseinkommen für jeden Elternteil einzeln nach Absatz 1 ermittelt.

³ Die Einkommens- und Vermögensverhältnisse aller Personen, die zusammen mit den Eltern oder einem Elternteil eine Berechnungseinheit bilden, werden bei der Berechnung des massgebenden Jahreseinkommens der Eltern einbezogen.

⁴ Zu einer Berechnungseinheit gehören die Eltern der gesuchstellenden Person, falls diese miteinander in ungetrennter Ehe leben, oder in den übrigen Fällen jeder Elternteil einzeln sowie diejenigen Personen, die mit ihnen oder ihm zusammen durch die Steuerveranlagung als Steuersubjekte erfasst sind.

§ 14c * Einkommensuntergrenzen für günstige wirtschaftliche Verhältnisse

¹ Personen, die ein Gesuch nach § 14a stellen, haben Anspruch auf Prämienverbilligung, wenn das gemäss § 14b ermittelte massgebende Jahreseinkommen ihrer Eltern höchstens um den Faktor 2,75 grösser ist als die anspruchsbeschliessende Obergrenze des massgebenden Jahreseinkommens der jeweiligen Berechnungseinheit gemäss Dekret vom 21. September 2006³⁾ über die Einkommensobergrenzen und über den Prozentanteil in der Prämienverbilligung. Vorbehalten bleibt Absatz 1^{bis}. *

^{1bis} Bei Berechnungseinheiten ohne minderjährige Kinder erhöht sich die Einkommensgrenze gemäss Absatz 1 um einen pauschalen Unterhaltszuschlag für junge erwachsene Personen, für welche die Eltern Unterhaltsbeiträge leisten und für welche eine Ausbildungszulage nach dem Bundesgesetz vom 24. März 2006⁴⁾ über die Familienzulagen ausgerichtet wird. Der Unterhaltszuschlag beträgt: *

- a. bei einer jungen erwachsenen Person CHF 21'000;
- b. bei 2 jungen erwachsenen Personen CHF 37'000;
- c. pro weitere junge erwachsene Person zusätzlich jeweils CHF 11'000.

² Leben die Eltern der gesuchstellenden Person nicht miteinander in ungetrennter Ehe, besteht Anspruch auf Prämienverbilligung, wenn das massgebende Jahreseinkommen beider Elternteile je einzeln die Grenze nach Absatz 1 oder nach Absatz 1^{bis} nicht überschreitet. Haben beide Elternteile Anspruch auf einen Unterhaltszuschlag gemäss Absatz 1^{bis}, wird dieser demjenigen Elternteil zugerechnet, der überwiegend für den Unterhalt der jungen erwachsenen Person aufkommt. *

§ 15 * ...

§ 16 Personen in einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft

¹ Personen, die in einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft wohnen und nach der Bundesgesetzgebung Anspruch auf Prämienverbilligung haben, können der Ausgleichskasse bis zum 31. Dezember des Anspruchsjahres schriftlich ein Gesuch um Prämienverbilligung einreichen. *

² Sie haben im Kalenderjahr, das dem Krankenpflegeversicherungsbeginn folgt, erstmals Anspruch auf Prämienverbilligung.

³ Der Anspruch erlischt unterjährig auf den Zeitpunkt hin, in dem die Krankenpflegeversicherungsvoraussetzungen nicht mehr erfüllt sind.

3) GS 35.1060, SGS [362.1](#)

4) SR [836.2](#)

⁴ Das massgebende Jahreseinkommen für das Anspruchsjahr entspricht 80% des der Kaufkraft im Wohnland angepassten Bruttoeinkommens des vorangehenden Jahres. Im 1. Anspruchsjahr wird das im Jahr des Beginns der Krankenpflegeversicherung erzielte Bruttoeinkommen auf 1 Jahr umgerechnet.

§ 17 Weitere anspruchsberechtigte Personen

¹ Personen, die aus übrigen Gründen Anspruch auf Prämienverbilligung erheben, können der Ausgleichskasse das Gesuch um Prämienverbilligung stellen. Das Gesuch ist bis zum 31. Dezember des Anspruchsjahres schriftlich einzureichen.*

² Das massgebende Jahreseinkommen im Sinne von § 9 Absatz 1 EG KVG wird für das Anspruchsjahr anhand der rechtskräftigen Steuerveranlagung für das Vorjahr ermittelt.

³ Die Berechnungseinheit wird analog zu § 9 Absatz 4 EG KVG, jedoch basierend auf den Verhältnissen des Vorjahres bestimmt.

⁴ Die Auszahlung der Prämienverbilligung ist bis zum Vorliegen rechtskräftiger Steuerdaten sistiert.

§ 18 Personen in veränderten Verhältnissen (§ 9a Abs. 1 EG KVG)

¹ Personen, bei denen sich das massgebende Jahreseinkommen oder die Berechnungseinheit verändert hat, können ein Gesuch um Anpassung der Prämienverbilligung stellen.

^{1bis} Personen, bei denen sich das massgebende Jahreseinkommen oder die Berechnungseinheit verändert hat, sowie junge Erwachsene, die eine Ausbildung begonnen oder beendet haben, können ein Gesuch um Anpassung der Prämienverbilligung stellen.*

² Das Gesuch ist der Ausgleichskasse schriftlich bis zum 31. Dezember des Anspruchsjahres einzureichen.*

³ Das massgebende Jahreseinkommen im Sinne von § 9 Absatz 1 EG KVG wird für das Anspruchsjahr anhand der rechtskräftigen Steuerveranlagung für das Vorjahr ermittelt.

⁴ Die Berechnungseinheit wird analog zu § 9 Absatz 4 EG KVG, jedoch basierend auf den Verhältnissen des Vorjahres bestimmt.

^{4bis} Neugeborene Kinder werden ab Beginn des Geburtsmonats berücksichtigt.*

⁵ Die Berechnung und Auszahlung der Prämienverbilligung erfolgen gemäss § 3a.*

4 ... *

§ 18a * ...

§ 18b * ...**4^{bis} Verfahren für quellenbesteuerte Personen *****§ 18c * Quellenbesteuerte Personen**

¹ Personen, die im Quellensteuerregister erfasst sind, stellt die Ausgleichskasse von Amtes wegen ein Gesuchs- oder ein Antragsformular zu.

² Personen, die nicht im Quellensteuerregister erfasst sind oder nach Absatz 1 kein Gesuchs- oder Antragsformular erhalten haben und im Kanton wohnen oder sich aufhalten, können der Ausgleichskasse bis zum 31. Dezember des Anspruchsjahres schriftlich ein Gesuch um Prämienverbilligung stellen.

³ Sie haben im dem Zuzugsjahr folgenden Kalenderjahr erstmals Anspruch auf Prämienverbilligung.

⁴ Das massgebende Jahreseinkommen für das Anspruchsjahr entspricht 70% des Bruttoeinkommens des Vor-Vorjahres. Im 1. Anspruchsjahr wird das im Zuzugsjahr erzielte Bruttoeinkommen auf 1 Jahr umgerechnet.

⁵ Die Berechnungseinheit wird analog zu § 9 Absatz 4 EG KVG⁵⁾ bestimmt.

5 Schlussbestimmungen**§ 19 Einspracheverfahren (§ 15 Abs. 1 EG KVG)**

¹ Einsprache kann erhoben werden gegen:

- a. die Berechnung der Prämienverbilligung auf dem Antragsformular,
- b. die vollständige oder teilweise Abweisung der Prämienverbilligung,
- c. Rückforderungsverfügungen,
- d. die vollständige oder teilweise Abweisung von Gesuchen um Rückforderungserlass.
- e. * den Prämienverbilligungsaufschub.

² Die Einsprache ist innert 30 Tagen seit Zustellung des Antragsformulars oder der Verfügung schriftlich und begründet der Ausgleichskasse einzureichen.

³ Das Einspracheverfahren ist parteientschädigungs- und kostenlos. Für das Verfahren gilt im Weiteren das Verwaltungsverfahrensgesetz⁶⁾.

5) GS 32.474, SGS 362

6) GS 29.677, SGS 175

§ 20 **Aufhebung bisherigen Rechts**

¹ Es werden aufgehoben:

- a. die Verordnung vom 3. Oktober 1995⁷⁾ über den Vollzug der Prämienverbilligung in der Krankenversicherung (Verordnung I zur Prämienverbilligung),
- b. die Verordnung vom 3. Oktober 1995⁸⁾ über die Zuständigkeiten beim Vollzug der Prämienverbilligung in der Krankenversicherung (Verordnung II zur Prämienverbilligung),
- c. die Verordnung vom 24. September 1996⁹⁾ über den Zahlungsverzug von Krankenversicherten,
- d. die Verordnung vom 7. November 2000¹⁰⁾ über die Richtprämie für die Prämienverbilligung in der Krankenpflegeversicherung,
- e. die Verordnung vom 17. Oktober 2000¹¹⁾ über die Prämienverbilligung in der Krankenversicherung im Jahre 2002,
- f. der Regierungsratsbeschluss Nr. 1634 vom 16. Oktober 2001¹²⁾ über die Anpassung der Krankenversicherungsprämienverbilligung für 2002.

§ 21 **Inkrafttreten**

¹ Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2003 in Kraft.

7) GS 32.257, SGS 362.12

8) GS 32.263, SGS 362.13

9) GS 32.564, SGS 362.14

10) GS 33.1405, SGS 362.15

11) GS 33.1361, SGS 362.16

12) Nicht publiziert.

Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkraft seit	Element	Wirkung	Publiziert mit
12.11.2002	01.01.2003	Erllass	Erstfassung	GS 34.0694
21.12.2004	01.01.2004	§ 10 Abs. 1	geändert	GS 35.436
21.12.2004	01.01.2004	§ 13 Abs. 1	geändert	GS 35.436
21.12.2004	01.01.2004	§ 14 Abs. 1	geändert	GS 35.436
21.12.2004	01.01.2004	§ 17 Abs. 1	geändert	GS 35.436
25.10.2005	01.01.2006	§ 6 Abs. 2	geändert	GS 35.710
28.11.2006	01.01.2007	§ 3a	eingefügt	GS 35.1040
28.11.2006	01.01.2007	§ 7 Abs. 2	geändert	GS 35.1040
28.11.2006	01.01.2007	§ 7 Abs. 3	geändert	GS 35.1040
28.11.2006	01.01.2007	§ 9 Abs. 1, Bst. a.	geändert	GS 35.1040
28.11.2006	01.01.2007	§ 9 Abs. 1, Bst. b.	geändert	GS 35.1040
28.11.2006	01.01.2007	§ 13 Abs. 2	geändert	GS 35.1040
28.11.2006	01.01.2007	§ 13 Abs. 3	aufgehoben	GS 35.1040
28.11.2006	01.01.2007	§ 13 Abs. 4	geändert	GS 35.1040
28.11.2006	01.01.2007	§ 14 Abs. 4	geändert	GS 35.1040
28.11.2006	01.01.2007	§ 18 Abs. 5	geändert	GS 35.1040
28.11.2006	01.01.2007	§ 19 Abs. 1, Bst. e.	eingefügt	GS 35.1040
19.12.2006	01.01.2007	§ 10 Abs. 2	geändert	GS 35.1105
20.10.2009	01.01.2010	§ 5 Abs. 1	geändert	GS 36.1213
20.12.2011	01.01.2012	§ 4	Titel geändert	GS 37.775
20.12.2011	01.01.2012	§ 9 Abs. 1, Bst. c.	aufgehoben	GS 37.775
20.12.2011	01.01.2012	§ 15	totalrevidiert	GS 37.775
20.12.2011	01.01.2012	§ 16 Abs. 1	geändert	GS 37.775
20.12.2011	01.01.2012	§ 18 Abs. 2	geändert	GS 37.775
20.12.2011	01.01.2012	§ 18 Abs. 4 ^{bis}	eingefügt	GS 37.775
20.12.2011	01.01.2012	Titel 4	aufgehoben	GS 37.775
20.12.2011	01.01.2012	§ 18a	aufgehoben	GS 37.775
20.12.2011	01.01.2012	§ 18b	aufgehoben	GS 37.775
30.09.2014	01.01.2015	§ 5 Abs. 1, Bst. a.	geändert	GS 2014.101
30.09.2014	01.01.2015	§ 9	Titel geändert	GS 2014.101
30.09.2014	01.01.2015	§ 9 Abs. 1	geändert	GS 2014.101
30.09.2014	01.01.2015	§ 9 Abs. 1, Bst. a.	geändert	GS 2014.101
30.09.2014	01.01.2015	§ 9 Abs. 1, Bst. b.	geändert	GS 2014.101
30.09.2014	01.01.2015	§ 9 Abs. 1, Bst. c.	aufgehoben	GS 2014.101
30.09.2014	01.01.2015	§ 9 Abs. 2	geändert	GS 2014.101
30.09.2014	01.01.2015	§ 10	Titel geändert	GS 2014.101
30.09.2014	01.01.2015	§ 10 Abs. 1	geändert	GS 2014.101
30.09.2014	01.01.2015	§ 10 Abs. 2	geändert	GS 2014.101

Beschluss	Inkraft seit	Element	Wirkung	Publiziert mit
30.09.2014	01.01.2015	§ 10 Abs. 3	geändert	GS 2014.101
30.09.2014	01.01.2015	§ 10 Abs. 4	eingefügt	GS 2014.101
30.09.2014	01.01.2015	§ 14a	eingefügt	GS 2014.101
30.09.2014	01.01.2015	§ 14b	eingefügt	GS 2014.101
30.09.2014	01.01.2015	§ 14c	eingefügt	GS 2014.101
30.09.2014	01.01.2015	§ 18 Abs. 1 ^{bis}	eingefügt	GS 2014.101
27.10.2015	01.01.2016	§ 5 Abs. 1, Bst. a.	geändert	GS 2015.061
27.10.2015	01.01.2016	§ 5 Abs. 1, Bst. b.	geändert	GS 2015.061
27.10.2015	01.01.2016	§ 5 Abs. 1, Bst. c.	geändert	GS 2015.061
28.06.2016	01.07.2016	§ 4 Abs. 2	eingefügt	GS 2016.024
28.06.2016	01.07.2016	§ 4 Abs. 3	eingefügt	GS 2016.024
28.06.2016	01.07.2016	§ 4 Abs. 4	eingefügt	GS 2016.024
05.07.2016	01.01.2017	§ 15	aufgehoben	GS 2016.030
05.07.2016	01.01.2017	Titel 4 ^{bis}	eingefügt	GS 2016.030
05.07.2016	01.01.2017	§ 18c	eingefügt	GS 2016.030
19.09.2017	01.01.2018	§ 14c Abs. 1	geändert	GS 2017.049
19.09.2017	01.01.2018	§ 14c Abs. 1 ^{bis}	eingefügt	GS 2017.049
19.09.2017	01.01.2018	§ 14c Abs. 2	geändert	GS 2017.049

Änderungstabelle - Nach Artikel

Element	Beschluss	Inkraft seit	Wirkung	Publiziert mit
Erllass	12.11.2002	01.01.2003	Erstfassung	GS 34.0694
§ 3a	28.11.2006	01.01.2007	eingefügt	GS 35.1040
§ 4	20.12.2011	01.01.2012	Titel geändert	GS 37.775
§ 4 Abs. 2	28.06.2016	01.07.2016	eingefügt	GS 2016.024
§ 4 Abs. 3	28.06.2016	01.07.2016	eingefügt	GS 2016.024
§ 4 Abs. 4	28.06.2016	01.07.2016	eingefügt	GS 2016.024
§ 5 Abs. 1	20.10.2009	01.01.2010	geändert	GS 36.1213
§ 5 Abs. 1, Bst. a.	30.09.2014	01.01.2015	geändert	GS 2014.101
§ 5 Abs. 1, Bst. a.	27.10.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.061
§ 5 Abs. 1, Bst. b.	27.10.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.061
§ 5 Abs. 1, Bst. c.	27.10.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.061
§ 6 Abs. 2	25.10.2005	01.01.2006	geändert	GS 35.710
§ 7 Abs. 2	28.11.2006	01.01.2007	geändert	GS 35.1040
§ 7 Abs. 3	28.11.2006	01.01.2007	geändert	GS 35.1040
§ 9	30.09.2014	01.01.2015	Titel geändert	GS 2014.101
§ 9 Abs. 1	30.09.2014	01.01.2015	geändert	GS 2014.101
§ 9 Abs. 1, Bst. a.	28.11.2006	01.01.2007	geändert	GS 35.1040
§ 9 Abs. 1, Bst. a.	30.09.2014	01.01.2015	geändert	GS 2014.101
§ 9 Abs. 1, Bst. b.	28.11.2006	01.01.2007	geändert	GS 35.1040
§ 9 Abs. 1, Bst. b.	30.09.2014	01.01.2015	geändert	GS 2014.101
§ 9 Abs. 1, Bst. c.	20.12.2011	01.01.2012	aufgehoben	GS 37.775
§ 9 Abs. 1, Bst. c.	30.09.2014	01.01.2015	aufgehoben	GS 2014.101
§ 9 Abs. 2	30.09.2014	01.01.2015	geändert	GS 2014.101
§ 10	30.09.2014	01.01.2015	Titel geändert	GS 2014.101
§ 10 Abs. 1	21.12.2004	01.01.2004	geändert	GS 35.436
§ 10 Abs. 1	30.09.2014	01.01.2015	geändert	GS 2014.101
§ 10 Abs. 2	19.12.2006	01.01.2007	geändert	GS 35.1105
§ 10 Abs. 2	30.09.2014	01.01.2015	geändert	GS 2014.101
§ 10 Abs. 3	30.09.2014	01.01.2015	geändert	GS 2014.101
§ 10 Abs. 4	30.09.2014	01.01.2015	eingefügt	GS 2014.101
§ 13 Abs. 1	21.12.2004	01.01.2004	geändert	GS 35.436
§ 13 Abs. 2	28.11.2006	01.01.2007	geändert	GS 35.1040
§ 13 Abs. 3	28.11.2006	01.01.2007	aufgehoben	GS 35.1040
§ 13 Abs. 4	28.11.2006	01.01.2007	geändert	GS 35.1040
§ 14 Abs. 1	21.12.2004	01.01.2004	geändert	GS 35.436
§ 14 Abs. 4	28.11.2006	01.01.2007	geändert	GS 35.1040
§ 14a	30.09.2014	01.01.2015	eingefügt	GS 2014.101
§ 14b	30.09.2014	01.01.2015	eingefügt	GS 2014.101

Element	Beschluss	Inkraft seit	Wirkung	Publiziert mit
§ 14c	30.09.2014	01.01.2015	eingefügt	GS 2014.101
§ 14c Abs. 1	19.09.2017	01.01.2018	geändert	GS 2017.049
§ 14c Abs. 1 ^{bis}	19.09.2017	01.01.2018	eingefügt	GS 2017.049
§ 14c Abs. 2	19.09.2017	01.01.2018	geändert	GS 2017.049
§ 15	20.12.2011	01.01.2012	totalrevidiert	GS 37.775
§ 15	05.07.2016	01.01.2017	aufgehoben	GS 2016.030
§ 16 Abs. 1	20.12.2011	01.01.2012	geändert	GS 37.775
§ 17 Abs. 1	21.12.2004	01.01.2004	geändert	GS 35.436
§ 18 Abs. 1 ^{bis}	30.09.2014	01.01.2015	eingefügt	GS 2014.101
§ 18 Abs. 2	20.12.2011	01.01.2012	geändert	GS 37.775
§ 18 Abs. 4 ^{bis}	20.12.2011	01.01.2012	eingefügt	GS 37.775
§ 18 Abs. 5	28.11.2006	01.01.2007	geändert	GS 35.1040
Titel 4	20.12.2011	01.01.2012	aufgehoben	GS 37.775
§ 18a	20.12.2011	01.01.2012	aufgehoben	GS 37.775
§ 18b	20.12.2011	01.01.2012	aufgehoben	GS 37.775
Titel 4 ^{bis}	05.07.2016	01.01.2017	eingefügt	GS 2016.030
§ 18c	05.07.2016	01.01.2017	eingefügt	GS 2016.030
§ 19 Abs. 1, Bst. e.	28.11.2006	01.01.2007	eingefügt	GS 35.1040